— Der städtische Impfarzt Medizinalrat Dr. Chalybäus wird von jetzt ab bis mit 17. April an jedem Montage nachmittags 2 bis ½3 Uhr in seiner Wohnung Zeughausstraße 1, 1. Obergeschoß, unentgeltliche Erstimpfungen vornehmen. Aus Familien und Häusern, in denen ansteckende Krankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Croup, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Pocken herrschen, darf in keinem Falle ein Kind zur Impfung gebracht werden.

— Der Rat hat dem Werkmeister Paeltz und dem Markthelfer Werner, bei der Firma Louis Herrmann, Drahtwarenfabrik, tätig, das städtische Ehrenzeugnis verliehen.

— Ein Bild des vormaligen Freimaurer-Institutsdirektors Mauritius, für die Aula des Instituts bestimmt, ist seit gestern im Schaufenster von Os. Seifert, Pillnitzer Straße 26, ausgestellt. Es wird in erster Linie für alte Dresdner, die den hochverdienten Schulmann und Pädagogen noch persönlich gekannt haben, von besonderem Interesse sein. August Sigismund Manitius war von 1824 bis 1856, also 32 Jahre hindurch, Direktor des weithin bekannten Dresdner Freimaurer-Instituts; nach ihm hat der Rat zu Dresden einen Straßenzug in der Friedrichstraße „Manitiusstraße" benannt.

— In letzter Stunde machen die vereinigten nationalen Handlungsgehilfen-Vereine nochmals auf die am Montag, den 30. Januar, von vormittags ½12 Uhr bis nachmittags ½4 Uhr stattfindenden Beisitzer-Wahlen zum Kaufmannsgerichte aufmerksam und verweisen auch auf das in vorliegender Nummer befindliche Inserat. Die Wahllokale sind an den Anschlagsäulen bekanntgegeben und muß jeder Handlungsgehilfe am Orte seiner Handelsniederlassung mit Vorschlagsliste II wählen. Niemand versäume die Wahl. Auskünfte werden im Wahlbureau, Maximilians-Allee 5, 1. Et. (Tel. 1517) gern erteilt.

Zum Ausstand im Ruhrrevier

veröffentlicht der konservative Landtagsabgeordnete Pastor v. Bodelschwingh einen Aufruf, der unter anderem auch den Vorwurf gegen die Mitglieder des Abgeordnetenhauses enthält, daß sie „der Staatsregierung nicht fester in der Gesetzgebung unter die Arme gegriffen haben und solche heillose Bürgerkriege nicht längst zur Unmöglichkeit geworden sind, — in denen sich diejenigen grausam gegenseitig zerfleischen, die sich die Nächsten sein sollten". Ueber die Verlängerung der Seilfahrt sagt Pastor v. Bodelschwingh: „Wer, wie der Unterzeichnete, der einst auch Bergmann werden wollte, auch nur eine Nacht in Nässe und Hitze vor Ort gelegen und seinen Schram gehackt hat, und dann, wie viele meiner späteren Gemeindemitglieder es mußten, nach seiner Schicht noch 1 bis 1½ Stunden zu gehen hatte bis zu seiner Hütte und ermattet nach Hause kam, wird auch milder urteilen über die Erbitterung, wenn es mit einem Male heißt: Eine halbe Stunde länger arbeiten." Und wenn man bedenkt, daß oft eine Bergmannsfamilie 10 bis 20 Jahre daran gearbeitet hat, sich ein eigenes schuldenfreies Heim zu erwerben, der kann es auch verstehen, welch eine Angst über diese Leute kam, als es hieß: „Deine Zeche wird stillgelegt, nimm Deinen Wanderstab und suche Dir wieder eine neue Heimat." Pastor v. Bodelschwingh schließt mit der Bitte an die Abgeordneten um Beiträge für die Bergarbeiter.

Zur Einbringung einer Novelle zum preußischen Berggesetz schreibt die „N. A. Z." offiziös: „Der Weg der Landesgesetzgebung soll gewählt werden, weil es sich um Fragen handelt, die fast durchweg nicht etwa allgemein gewerbliche, sondern spezifisch bergbauliche Verhältnisse betreffen und bei deren Regelung auf die Eigenart des Bergbaues Rücksicht genommen werden muß. Ferner kommen auch — wenigstens für jetzt — nur Fragen des preußischen Bergrechts in Betracht, was um so mehr ins Gewicht fällt, als für dies Sondergebiet die Verhältnisse schon jetzt im wesentlichen geklärt sind, so daß der Gesetzentwurf in verhältnismäßig kurzer Zeit ausgearbeitet werden kann. Endlich entspricht dieser Weg dem bisherigen Vorgehen, da schon Anfang der 90er Jahre die damals notwendig gewordenen, auf die besonderen Verhältnisse der Bergarbeiter bezüglichen Vorschriften nicht in der Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891, sondern in der Novelle zum Allgemeinen Berggesetz vom 24. Juni 1892 erlassen worden sind." Durch die Wahl des Weges der Landesgesetzgebung sind die sozialdemokratischen und sonstigen Anträge auf reichsgesetzliche Regelung der einschlägigen Fragen gegenstandslos geworden.

Im Anschluß an die geplante Novelle zum preußischen Berggesetz redet die „Kölnische Zeitung" den Arbeitern und den Unternehmern gleichzeitig ins Gewissen: „An den Arbeitern wird es nunmehr sein, durch die Tat zu beweisen, daß sie für ein solches Vorgehen Verständnis haben. Durch die Einbringung der Novelle, deren Annahme bei der preußischen parlamentarischen Vertretung wohl außer Zweifel ist, werden die wesentlichen Beschwerden der Bergarbeiter binnen kurzem hinfällig gemacht werden. Unter diesen Umständen wäre es nur eine gute und nützliche Politik, wenn die Arbeiter sich jetzt entschließen, unter Aufgabe intransigenter Forderungen, zur Arbeit zurückzukehren und das Weitere der natürlichen Entwicklung zu überlassen, die selbstverständlich durch ein Eingreifen der Staatsbehörden in ihrer Richtung beeinflußt werden wird. Die Wunden, die der Ausstand der deutschen Industrie schlägt, schlägt er nicht minder den Bergarbeitern. Diese werden sich daran zu erinnern haben, wie geringes Vertrauen ihre Führer beim Ausbruch des Ausstandes auf seine erfolgreiche Durchführung setzten. Jetzt bietet sich für sie eine unerwartet günstige Gelegenheit, um mit Anstand und Vorteil aus einem Unternehmen herauszukommen, das ohne die Fehler der Grubenbesitzer vielleicht einen ganz anderen Ausgang hätte nehmen können. Zur Herbeiführung des sozialen Friedens im Ruhrrevier werden natürlich auch die Grubenbesitzer beitragen können, und es wird sich hierzu Gelegenheit bieten, da am Sonnabend eine Ministerialkommission zur Untersuchung der Verhältnisse von Berlin nach dem Ausstandsgebiet abreist. Bei der Wendung, die die Dinge durch das Eingreifen der Staatsgewalt genommen haben, und bei der vorwiegend unfreundlichen Beurteilung, die die Taktik der Arbeitgeber in der öffentlichen Meinung gefunden hat, werden sich die in unserer Kohlenindustrie maßgebenden Männer wohl jetzt schon sagen, daß ihr Verhalten gegenüber den Vermittlungsversuchen der Regierung ein schwerer Fehler war. Diese Erkenntnis sollte zur Folge haben, sich nicht auf den einmal eingenommenen Standpunkt zu versteifen, sondern die Mitwirkung der Regierung bei der Beilegung des Ausstandes anzunehmen."

Die in Aussicht gestellte Abänderung des Berggesetzes wird in der Presse überwiegend günstig beurteilt. Doch finden sich auch Stimmen, die grundsätzliche Bedenken äußern. So schreibt die „Deutsche Ztg.": „Ohne Zweifel bedeutet dieser amtliche Plan einen Eingriff in die Privatwirtschaft und die Arbeitsordnung, wie er bisher noch nicht dagewesen ist. Mit dem Ziel, das auf dem Wege einer solchen Sondergesetzgebung erreicht werden soll, werden auch die meisten nationalen und unabhängigen Politiker einverstanden sein. Als erfreulich wird man aller Voraussicht nach ferner die augenblickliche Wirkung dieser gesetzgeberischen Ankündigung in Rechnung stellen können; denn die streikenden Arbeiter im Ruhrrevier werden vielleicht dadurch veranlaßt werden können, die Arbeit zunächst wieder aufzunehmen und dergestalt auch ihrerseits eine neue Grundlage für Verständigungs-Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu schaffen; und andererseits werden die Zechenbesitzer diese Ansage empfinden, als ob der Staat eine Pistole wider sie erhebe, und sie werden in allem allgemeinen Zorn über den geplanten Gesetzgebungsakt doch wenigstens für den zur Zeit vorliegenden Streitfall weicher und nachgiebiger gestimmt werden. Aber eine gänzlich andere, eine durchaus verschiedene, eine ernste, schwierige und weitreichende Frage ist es, ob jener neue geplante Eingriff des Staates auch ein berechtigtes Mittel zum Zweck ist, ob er in den Gesamtrahmen unserer privatwirtschaftlichen Existenz, unserer grundlegenden ökonomischen Auffassungen und der tatsächlich bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung paßt; ob seine allgemeine Tendenz nicht wie Sprengpulver wirkt, das in die Staatsgesetzgebung eingestreut wird; ob er nicht in jene bedenkliche Rubrik der Politik und Gesetzgebung ab irato gehört, vor der der preußische Handelsminister in seiner ersten Rede zu dem jetzigen Bergarbeiterstreik noch so entschieden warnen zu sollen meinte."

Den Gipfel der Gehässigkeit erklimmt der „Vorw.", indem er in einem langen im sattsam bekannten Schimpfjargon gehaltenen Artikel u. a. erklärt: „Wir glauben nicht, daß — ganz unabhängig von der Frage des Streiks selbst — das Bülow-Möllersche Versprechen irgend einen Eindruck auf denkende und unterrichtete Arbeiter machen kann. Die Bergarbeiter haben seit 1889 erfahren, was sie von Versprechungen zu halten haben, und sie werden auch aus der genialen Kanalpolitik des preußischen Junkertums gelernt haben, daß in der Politik die Barzahlung notwendig ist. Wechsel auf unbestimmte Frist sind noch nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind, und preußische Regierungsversprechungen insbesondere — das weiß man schon seit den Freiheitskriegen und seit 1848 — sind genau so viel wert wie russische Ukase."

An Unterstützungsgeldern sind nach den Mitteilungen der Siebener-Kommission der Bergleute bis jetzt eingegangen: beim alten sozialdemokratischen Verband rund 200 000 Mark, beim christlichen Gewerkverein rund 60 000 Mark. Weiter wird auf dieser Seite behauptet, den Bergarbeiter-Organisationen, die bis Anfang Januar 110 000 Mitglieder zählten, seien seit Beginn der Ausstandsbewegung rund 60 000 neue Mitglieder beigetreten. Von dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande in Stuttgart sind bei dem Verbandsbureau in Bochum 60 000 Mark eingegangen.

Die beiden nach England entsandten Delegierten, die mit den englischen Bergarbeitern wegen Unterstützung der ausständischen deutschen unterhandeln sollen, sind der Reichstagsabgeordnete Bernstein und der Beamte des alten sozialdemokratischen Verbandes, der ehemalige Bergmann Schröder. Bernstein, der sein politisches Exil in England verlebt hat und die dortigen Verhältnisse genau kennt, ist einerseits Dolmetscher, andererseits Vertreter der sozialdemokratischen Partei auf dieser Reise. Schröder ist durch seinen „Nimbus" als Kaiserdelegierter von 1889, der ihn immer noch in Arbeiterkreisen umstrahlt, der Geeignetste gewesen, weniger durch Worte als durch seine Person auf die englischen Bergarbeiter einzuwirken.

Die Gefahr eines nordwestböhmischen Bergarbeiterstreiks ist beigelegt. Die Arbeiter erklärten lediglich ihre Solidarität mit denen des Ruhrgebiets.

Die Parteinahme für die Bergarbeiter zieht immer weitere Kreise. Nicht nur die Arbeiterschaft tritt für die Ausständigen ein, auch seitens der Arbeitgeber fließen der Streikkasse Unterstützungsgelder zu. In München-Gladbach begannen katholische Großindustrielle mit namhaften Spenden für die streikenden Bergarbeiter.

Eine außerordentliche Versammlung der Kreissynode Essen sprach sich für die gesetzliche Anerkennung der Arbeiterberufsvereine, Sicherung der Vereins- und Versammlungsfreiheit, obligatorische Einführung der Arbeiterausschüsse, Arbeiterkammern und gesetzliche Regelung der Schichtdauer aus.

Das Kabinett Rouvier

hat sein parlamentarisches Debüt hinter sich. Die Sitzung nahm folgenden, in einem Teile der gestrigen Auflage bereits kurz skizzierten Verlauf: Der Ministerpräsident Rouvier verliest eine Erklärung der Regierung, worin es heißt, die Regierung wolle Beruhigung und Eintracht unter den Republikanern schaffen und schnellstens die Reformen durchführen, deren Notwendigkeit bereits von der Kammer anerkannt sei. Die Regierung bedinge die von den Kammern verurteilten unzulässigen Vorgänge und werde sich nur der regelmäßigen, gesetzlichen Organe bedienen, welche Anschluß haben mit der außerhalb stehenden Organisation. Die Regierung werde ihre Arbeit an den von der Kammer bereits grundsätzlich gebilligten Reformen, wie Trennung von Staat und Kirche, Einkommensteuer usw., bei dem Punkte fortsetzen, bis wohin sie von der vorigen Regierung geführt wurde. In den auswärtigen Beziehungen wird das Kabinett die Politik fortsetzen, die dank der Unterstützung des Parlaments und der offenkundigen Zustimmung der Nation durch die tätige Benutzung unserer Allianz und die Verwirklichung nützlicher Annäherungen unsere Stellung in der Welt befestigt und in kritischen Stunden aus Frankreich einen erhorten Agenten internationaler Eintracht gemacht hat. — Die Erklärung appelliert schließlich an die freie und loyale Mithilfe aller Republikaner. (Beifall im Zentrum und rechts. Die Linke und die äußerste Linke schweigen. Bei dem Hinweis auf die Allianz mit Rußland ertönen auf der äußersten Linken feindliche Rufe, wie: Nieder die Mörder! Nieder der Kaiser von Rußland!)

Im Einverständnis mit der Regierung wird sofort in die Beratung einer Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung eingetreten. Magniaude (Soz.) glaubt nicht, daß Rouvier das Land befriedigen werde. Leroy (radikal) fragt den Unterrichtsminister Bienvenu-Martin, welches seine Absichten bezüglich der Trennung von Staat und Kirche seien. Redner fragt weiter, ob die Regierung die Trennung von Staat und Kirche an die Spitze ihres Programms stellen wolle. Ministerpräsident Rouvier erwidert, er wünsche mit einer Mehrheit der Linken zu regieren. Das Kabinett wolle die Trennung von Staat und Kirche unter Achtung der Gewissensfreiheit durchführen. (Beifall im Zentrum.) Rouvier ersucht dann die Kammer, zunächst die Beratung des Budgets und des Militärgesetzes zu Ende zu führen. Bezüglich der Trennung von Staat und Kirche und bezüglich der Einkommensteuer stehe das Kabinett zur Verfügung der Kammer. Rouvier kommt dann auf die Angebereien zu sprechen und mißbilligt die Vorkommnisse, durch die das Land beunruhigt wurde. Deshalb habe er den General Peigné gemaßregelt, obgleich er bedauere, daß diese Maßregelung einen Diener der Republik treffe. Die Regierung habe auch noch zwei andere Generale gemaßregelt, wolle aber nicht noch weiter gehen. Er bitte die Kammer im Interesse des Landes um eine Art Amnestie, er werde dafür weder von Auskunftszetteln noch von Delegierten Gebrauch machen. Der Ministerpräsident schließt mit dem Wunsche der Beruhigung und der Versöhnung aller Republikaner. (Anhaltender Beifall im Zentrum.) Gerault-Richard (Soz.) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß dem General Peigné dieselbe Strafe auferlegt worden sei wie den beiden anderen Generalen; durch diese Maßregel werde die Veröffentlichung von Auskunftszetteln nicht verhindert werden. Guyot de Villeneuve (Nationalist) erklärt, die Veröffentlichung von Auskunftszetteln werde von heute ab aufhören. Kriegsminister Berteaux erklärt, er habe das Kriegsportefeuille übernommen, weil er die versprochenen Reformen durchführen lassen wolle. Der Minister rechtfertigt die gegen den General Peigné getroffene Maßregel und bittet schließlich das Haus, die Beratung des Budgets zu beschleunigen, damit das Militärgesetz zur Verabschiedung gelange, das dann den Ausgehobenen von 1905 schon zu gute komme. (Beifall.) Den folgenden Redner Allard (Soz.) unterbricht der Ministerpräsident Rouvier und erklärt, wenn er keine republikanische Majorität bekäme, würde er sofort zurücktreten. Allard protestiert weiter gegen die Allianz mit der „russischen Mörderregierung". (Lärm rechts, Beifall bei den Sozialisten.) Minister des Aeußeren Delcassé erhebt sich in großer Erregung und sagt: Zum Schutze der uns anvertrauten Interessen protestiere ich energisch gegen diese unqualifizierbare Sprache. (Lärmende Rufe bei den Sozialisten: Protestieren Sie gegen den verbrecherischen Kaiser in Rußland! Minister Delcassé fährt fort: Sie können die Petersburger Ereignisse beklagen, denn Sie sind nicht Richter. Sie dürfen sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines ausländischen Staates einmischen. Jaurès (Soz.) will das Wort ergreifen, wird aber zunächst durch den Lärm der Rechten daran gehindert. Er wartet, bis Ruhe eintritt, und sagt dann: Zur Ehre Frankreichs erkläre ich, daß Delcassé nicht das Recht hat, sich hier zum amtlichen Advokaten des Zarismus aufzuwerfen. (Beifallssturm links.) Delcassé erwidert: Ich bin der Advokat der Interessen Frankreichs, denen von Jaurès schlecht gedient wird. Die Allianz mit Rußland hat Frankreich Sicherheit und die Möglichkeit gegeben, seine Stellung in der Welt zu behaupten und Abkommen abzuschließen, deren Bedeutung niemand ableugnen wird. (Beifall im Zentrum und rechts, Zischen bei den Sozialisten.) Brisson ersucht die Regierung, die Reihe der Reformen mit der Trennung von Staat und Kirche zu beginnen, das werde das beste Mittel sein, eine Mehrheit der Linken zu erlangen. Der Präsident bringt hierauf mehrere eingegangene Tagesordnungen zur Verlesung. Eine Tagesordnung Manjean verlangt, daß über die Einkommensteuer erst nach dem Gesetz betreffend Trennung von Staat und Kirche beraten werde. Ministerpräsident Rouvier nimmt nur eine Tagesordnung Sarrien an, die auf die Regierung zählt, daß die Entkirchlichungs-, die demokratischen und die sozialen Reformen zur Verwirklichung gelangen. Die für die Tagesordnung Manjean beantragte Priorität wird mit 325 gegen 61 Stimmen abgelehnt und darauf die Tagesordnung Sarrien mit 410 gegen 107 Stimmen angenommen.

Im Senat wurde die Erklärung der Regierung vom Justizminister Chaumié verlesen; sie wurde von der Linken ziemlich kühl aufgenommen.

In beiden Häusern des Parlaments wurde bei Beginn der Sitzung von den Präsidenten ein Brief des Präsidenten Loubet verlesen, in welchem der Präsident den Senatoren und Deputierten seinen Dank ausspricht für die ihm von ihnen aus Anlaß des Ablebens seiner Mutter bezeigte Teilnahme.

Tagesgeschichte.

Zu den Unruhen in Rußland.

Die Stadtverordneten-Versammlung in Moskau faßte eine Reihe von Beschlüssen für den Fall des Ausbruchs von Unruhen. U. a. wurde beschlossen, die Verwaltungsbehörden zu ersuchen, im Falle des Ausstandes bei städtischen Anstalten gegen Frauen, Kinder, Schüler und Arbeiter, wenn sie sich auf friedliche Kundgebungen beschränken, keine Waffengewalt anzuwenden. Ferner soll Straflosigkeit und Gestattung eines friedlichen Ausstandes zur Erzielung einer besseren Lage der Arbeiter und Gewährung des Versammlungsrechts für Arbeiterverbände erbeten werden. Gegen 10 000 Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Vor dem Appellhofe in Moskau wurde gestern ein politischer Prozeß verhandelt. Von 7 Angeklagten wurde einer freigesprochen, einer zu 11 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung gegen die übrigen wurde wegen verspäteter Zustellung der Anklageschrift vertagt.

In Paris wohnten 3000 Personen einem vom Seine-Syndikat veranstalteten Meeting bei, in dem heftige Reden gegen die Vorgänge in Petersburg am 22. gehalten wurden. Unter den Anwesenden bemerkte man Madame Séverine und Anatole France. Es wurde eine Tagesordnung im Sinne der gehaltenen Reden angenommen. Ein Mitarbeiter des „Petit Parisien" hatte eine Unterredung mit dem gegenwärtig in Paris weilenden Großfürsten Nikolaus Michaelowitsch; dieser soll gesagt haben, er finde die Haltung, welche die französische Presse dem Kaiser Nikolaus gegenüber beobachtete, in jeder Hinsicht sehr bedauerlich. Die französischen Blätter hätten alle Depeschen der englischen Zeitungen und alle erfundenen Gerüchte über die Ereignisse vom letzten Sonntage mit Behagen abgedruckt; dies habe einen bemerkenswerten Eindruck in Rußland hervorgerufen. Die Sozialisten und Radikalen betreiben unter der Führung von Jaurès und Clémenceaus ganz offen die Kündigung des russisch-französischen Bündnisses und befürworten eifrig den Abschluß eines Bündnisses mit England. Die Zeitungen „Aurore", „Humanité", „Petite République" und „Action" haben gemeinsam mit anderen radikalen Blättern den Feldzug zur Erreichung dieses Zieles begonnen.

Deutsches Reich. In den reich geschmückten Festräumen feierte der Reichstag den Geburtstag des Deutschen Kaisers. Zwischen vierzig bis fünfzig Personen, darunter der Präsident Graf Ballestrem und die Vizepräsidenten Graf zu Stolberg-Wernigerode und Dr. Paasche, hatten sich zum Mahl eingestellt. Den einzigen Toast brachte der Präsident Graf Ballestrem auf das allerhöchste Geburtstagskind aus, indem er u. a. sagte: Ich spreche von dem Aufstand in Südwestafrika. Die deutsche Armee hat wieder gezeigt, daß der lange Friede nicht entnervend auf sie gewirkt hat; die deutschen Offiziere haben wieder gezeigt, daß sie nicht Schlemmer und Prasser sind, sondern daß sie, wo es darauf ankommt, ihr Leben freudig für Kaiser, Landesherrn und Vaterland hingeben! (Lebhaftes Bravo!) Meine Herren, es war vielleicht an der Zeit, daß das wieder einmal gezeigt wurde. Denn, von einzelnen Ereignissen ausgehend, hatte eine böswillige Presse es sich besonders angelegen sein lassen, die Ehre unserer Armee und die Ehre unserer Offiziere in den Kot zu ziehen. Wenn man nur die Schreiber dieser Artikel jetzt dort hinschickte (große Heiterkeit), dann wollten wir einmal sehen, ob sie das leisten würden, was die von ihnen vielgeschmähten Offiziere und Soldaten leisten! (Lebhaftes Bravo!) Meine Herren, dieses Gefühl muß auch ein Trost für das landesväterliche Herz Seiner Majestät gewesen sein, wenn er gesehen hat, wie die Angehörigen seiner Armee und die der anderen Bundesstaaten sich so bewährt haben in diesem ungewöhnlichen Kampfe, wie sie sich nur jemals bewährt haben in europäischen Kämpfen. Viele schmerzliche Verluste haben ja einzelne erlitten; aber das allgemeine Gefühl wird doch das sein, daß man sich für die Zukunft erhoben und gesichert fühlt, wenn man unter dem Schutze einer solchen Armee steht. (Lebhaftes Bravo!) Meine Herren, dann war es wohl auch noch im vergangenen Jahre der große Krieg in Ostasien, der wohl den Leiter eines so großen Gemeinwesens, wie das Deutsche Reich ist, mit einer gewissen Besorgnis erfüllte. Meine Herren, wieder hat sich Se. Majestät der Kaiser als der Friedensfürst bewährt, der er immer war. Wieder hat er es verstanden, das Staatsschiff durch seine Regierung — das Reichsschiff, sagen wir — so leiten zu lassen, daß der Friede für uns weder bis jetzt gestört ist, noch daß eine Befürchtung nach dieser Richtung hin vorliegt. Es ist ja das hervorragende Verdienst unseres Kaisers, daß er den Frieden überall vertritt. Diesmal war er nur zu vertreten dadurch, daß man eine strenge Neutralität beobachtete, und die ist auch bewahrt worden. Auch diese Gefahr ist für das Deutsche Reich vorübergegangen, und der Kaiser kann mit Genugtuung auf die Aktion sehen, die auf seine Anordnung von seiner Regierung getroffen worden ist. Noch in den letzten Zeiten ist gewiß das landesväterliche Herz Sr. Majestät sehr bewegt durch den großen Ausstand in Westfalen, und auf seine Anordnung hin sind seine Organe lebhaft bemüht, dort den Frieden wiederherzustellen, auch den inneren Frieden! Wir wollen zu Gott hoffen, daß ihnen das unter Berücksichtigung aller Verhältnisse und aller Interessen gelingen möge. Meine Herren, so ist es im Leben, wie es in diesem Lebensjahre des Kaisers war, auch. Es ist Trübes und Heiteres, es ist Schweres und Leichtes vorübergegangen, und das muß ein Monarch mehr tragen als andere. Er steht immer vor aller Augen, jeder Mensch beurteilt ihn nach jedem Worte, nach jeder Tat, und sich da immer in der richtigen Mitte zu halten, ist schwer — sehr schwer. Aber unser Kaiser versteht das außerordentlich. Er ist immer derjenige, welcher in allen Lagen des Lebens und der Politik für den Frieden und die mittlere Linie eintritt und dadurch dem Reiche ungeheure Segnungen verschafft. In dem Gefühl der Dankbarkeit gegen diese Tätigkeit unseres erlauchten Reichsoberhauptes bitte ich Sie, Ihre Gläser zu erheben und mit mir zu rufen: „Unser liebes, hochverehrtes Reichsoberhaupt, Seine Majestät Wilhelm II., Deutscher Kaiser, König von Preußen, er lebe hoch, hoch, hoch!" Die Versammlung stimmte begeistert ein. Nach Aufhebung der Tafel blieben die Reichstagsmitglieder in fröhlichster Stimmung längere Zeit beisammen, während das Reichstagsgebäude seine Kerzen zur Feier des großen Festtages leuchten ließ, unter deren Schein die edlen architektonischen Formen des Gebäudes in ihrer Schönheit hervortraten.

In München fand die übliche Festtafel der Offiziere des Beurlaubtenstandes aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers statt. Vom Königl. Hofe wohnten dem Festabend bei die Prinzen Ludwig, Rupprecht, Leopold, Konrad, Arnulf, Heinrich und Alfons; außerdem waren noch der preußische Legationsrat Freiherr v. Werthern und der Attaché bei der preußischen Gesandtschaft Freiherr v. Welzeck, Generalmajor und Brigadekommandeur Graf, mehrere Stabsoffiziere und an 200 Reserve- und Landwehroffiziere anwesend. Nach einigen Gängen erhob sich Prinz Ludwig zu einem Toast auf den Prinz-Regenten, in dem er ausführte, daß der diesmalige Festtag für des Kaisers Geburtstag kein ungetrübter Tag der Freude sei, denn der zweite Sohn des Kaisers sei schwer erkrankt: „Wenn wir bedenken, welchen lebhaften Anteil der Kaiser bei allen Unglücksfällen nimmt, so werden wir mitfühlen können, was der Kaiser heute im Innersten seines Herzens empfindet. Möge das Schlimmste abgewendet werden! Möge der junge Prinz bald wieder gesunden und ebenso gesund und kräftig werden wie sein seliger Großvater! Mehr, glaube ich, kann ich nicht wünschen. Dem Kaiser danken wir, daß wir in dem verflossenen Jahre nicht in einen großen Krieg verwickelt worden sind.